

**Anfrage DIE PARTEI-Klima-Fraktion vom 09.02.2024**  
**zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 22.02.2024**

**Anti-Rassismus-Training**

Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich auf die Beschäftigten der Stadtverwaltung Düsseldorf. Hierzu können wir Aussagen treffen.

**Frage 1:**

Die Stadtverwaltung Düsseldorf hat sich mit der Einführung des gesamtstädtischen Werte- und Kompetenzmodells verbindliche Vorgaben und Grundlagen zur Zusammenarbeit gegeben. Diese sind Basis und Maßstab für den Umgang miteinander und fließen damit auch in die Aus- und Weiterbildungsangebote ein. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Sensibilisierung der Nachwuchskräfte. Diese werden so unterwiesen und ausgebildet, dass sie sich der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und ihren Beruf als Dienst für das allgemeine Wohl auffassen. Vor Beginn der Corona-Pandemie wurde für die Nachwuchskräfte regelmäßig ein Besuch in der Mahn- und Gedenkstätte zu Beginn der Ausbildung durchgeführt. Dadurch wurden die Teilnehmenden neben ihrer fachlichen und sozialen Ausbildung am Studieninstitut zusätzlich auch politisch weitergebildet. Während der Corona Pandemie wurde hierzu kurzfristig ein digitales Substitut geschaffen. In 2023 wurde das Angebot auf Basis des neu erstellten Workshopformates der Mahn- und Gedenkstätte für alle Verwaltungsnachwuchskräfte die 2023 Ihre Prüfung abgelegt haben erneut in Präsenz durchgeführt.

Inhalte zur interkulturellen Kompetenz finden sich darüber hinaus im Rahmen der verschiedenen Ausbildungs-, Aufstiegs- und Fortbildungslehrgänge. Ferner gibt es spezielle Fortbildungsangebote, die das Thema interkulturelle Kompetenz aufgreifen. Angebote gibt es sowohl in Präsenz als auch in Form von webbasierten Trainings (WBT), welche in der LernStadt bereitgestellt werden. So gibt es beispielsweise ein Präsenzangebot zur Thematik „Erweiterung der interkulturellen Kompetenz“ (17 Teilnehmende in 2023) sowie ein WBT zur Thematik „Interkulturelle Kommunikation in Teams“ (181 Buchungen in 2023).

Als weiteres Instrument besteht die Möglichkeit, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, Urlaub zur politischen Weiterbildung in Anspruch zu nehmen. Im Jahr 2023 haben hiervon 49 Personen Gebrauch gemacht.

**Frage 2:**

Eine solche Aufschlüsselung liegt nicht vor.

**Frage 3:**

Die bestehenden Fortbildungsangebote sowie die Zusammenarbeit mit der Mahn- und Gedenkstätte werden weiter ausgebaut. Hierbei werden sowohl niederschwellige Angebote in digitaler Form angeboten als auch Kompetenztrainings und Workshops in Präsenz.